



www.hrw.org

An den
Bundesaußenminister
Herrn Dr. Guido Westerwelle
Werderscher Markt 1
11013 Berlin

Berlin, 25. September 2012

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister,

Deutschland zählt innerhalb der Vereinten Nationen nominell zu den Ländern, die das Konzept der Schutzverantwortung am stärksten unterstützen. Eine Strategie zur Umsetzung auf nationaler Ebene ist bisher jedoch noch nicht erkennbar. Ohne eine Institutionalisierung der Schutzverantwortung können Massenverbrechen jedoch nicht systematisch verhindert werden.

Deshalb möchten wir uns mit der Bitte an Sie wenden, sich für eine hochrangige Koordinierungsstelle zur Schutzverantwortung einzusetzen. Durch diese sollen die zahlreichen relevanten Informationen aus der deutschen Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik zusammengeführt und analysiert werden, um daraus eine kohärente deutsche Politik zu entwickeln.

Zudem soll ein regelmäßiger Bestandsbericht klarstellen, welche Informationsquellen und Instrumente der Bundesregierung zur Umsetzung der Schutzverantwortung zur Verfügung stehen, wo Mängel sind und wie sich diese beheben lassen. Dadurch soll deutlich werden, welche Handlungsoptionen für die deutsche Politik existieren.

Anbei übersenden wir Ihnen jeweils ein Diskussionspapier zu der Koordinierungsstelle und zu dem Bestandsbericht, die Genocide Alert, die Gesellschaft für bedrohte Völker und Human Rights Watch gemeinsam erstellt haben. Gerne stellen wir Ihnen dafür unsere Expertise zur Verfügung und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Robert Schütte
Vorsitzender
Genocide Alert

Ulrich Delius
Referent Afrika/Asien
Gesellschaft für bedrohte Völker

Wenzel Michalski
Deutschland-Direktor
Human Rights Watch

CC: Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses, des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie des Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit des Deutschen Bundestags